



WID - Kompakt Nr. 17/59

1. **Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung**
2. **Modellprojekte des Familien- und Wissenschaftsministeriums**
3. **Vertretung von Lehrkräften an Grundschulen**
4. **Abtreibungen in Rheinland-Pfalz**
5. **Definition von Hochrisikospiele in der Bundesliga**
6. **Berichtsträge für die Landtagsausschüsse**

1. Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung

Nach den Maßnahmen der Landesregierung und deren Wirksamkeit zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung erkundigt sich die AfD-Fraktion in einer Großen Anfrage ([Drs. 17/6046](#)).

Zunächst bittet sie um Auskunft über die Teilnehmerzahl, Kosten und Auswirkungen von **medizinbegleitenden Förderprogrammen** wie FAMULATUR und „PJ-Tertial Allgemeinmedizin“. Die Fraktion fragt weiter, welche Anstrengungen das Land unternimmt, um das Studienplatzangebot zu verbessern, und ob ihr bereits Erkenntnisse aus dem Bericht der Expertenkommission bezüglich den Auswirkungen des **Masterplans „Medizinstudium 2020“** auf die Studienplatzsituation vorliegen.

Zudem möchte die Fraktion wissen, wie hoch die Gesamtkosten für die Einrichtung der **Professur für Allgemeinmedizin und des Kompetenzzentrums für Allgemeinmedizin und Geriatrie** waren sowie welche Kosten jährlich entstehen. Sie fragt nach dem Erfolg weiterer Maßnahmen, wie des Preises zur Förderung der Allgemeinmedizin oder diversen Informationsveranstaltungen und Projekten für Studenten. Des Weiteren soll die Landesregierung über die Möglichkeiten und finanzielle Förderung für **ärztliche Fort- und Weiterbildung** in Rheinland-Pfalz informieren.

Die Fraktion fragt zudem nach der **Förderung** der ambulanten ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen und der Weiterentwicklung von **Delegationsmöglichkeiten** auf Nichtärztliche Praxisassistenten und Versorgungsassistenten in der Hausärztlichen Praxis. Die Landesregierung soll außerdem erläutern, wie hoch die Zahl der Quereinsteiger in die Allgemeinmedizin ist, wie viele Quereinsteiger mittlerweile als Hausärzte in Rheinland-Pfalz tätig sind und wie der Hausärzterverband diese Möglichkeit künftig fördern möchte.

2. Modellprojekte des Familien- und Wissenschaftsministeriums

Zu den durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur von 2011 bis zum ersten Halbjahr 2018 geförderten Modellprojekten hat die CDU-Fraktion jeweils eine Große Anfrage ([Drs. 17/6074](#) und [Drs. 17/6075](#)) gestellt.

Darin bittet sie um Informationen zu Themen, Zielsetzung, Zielgruppen, Trägern und Dauer der Projekte. Weiter möchte die Fraktion wissen auf welche Höhe sich die Gesamtkosten der geförderten Modellprojekte belaufen und wie hoch der Kostenanteil des Ministeriums an den Projekten war bzw. ist.

Zudem erkundigt sich die Fraktion nach dem regionalen Bezug und der landespolitischen Bedeutung der Modellprojekte. Die Landesregierung soll Auskunft geben, wie die Auswertung der einzelnen Projekte erfolgte und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben. Abschließend möchte die Fraktion erfahren, welche politischen Maßnahmen, Erkenntnisse und Initiativen aus den Modellprojekten hervorgehen bzw. -gehen.

3. Vertretung von Lehrkräften an Grundschulen

In Rheinland-Pfalz werden derzeit 143 sogenannte „Feuerwehrlehrkräfte“ in Grundschulen beschäftigt, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/5977). Feuerwehrlehrkräfte sind verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, die einer Stammschule zugeordnet sind, in kurzfristigen Vertretungsfällen aber an anderen Schulen eingesetzt werden können und sollen.

Daneben hat die Landesregierung seit dem Schuljahr 2011/2012 einen Vertretungspool von dauerhaften Beamtenplanstellen eingerichtet, der mittlerweile 1 100 unbefristete Planstellen umfasst, wovon 470 für Vertretungen im Grundschulbereich vorgesehen sind. In den Schuljahren 2018/2019 und 2019/2020 soll die Zahl der Stellen auf 1350 ausgebaut werden, so die Landesregierung.

Stünden den Schulen weder genug eigene Vertretungskapazitäten noch Feuerwehrlehrkräfte zur Verfügung, könnten sie auf vorher abgestimmte Vertretungspläne zurückgreifen, die ein schnelles und sicheres Aufteilen von Kindern einer Klasse auf die übrigen Klassen ermöglichten. Das kurzzeitige Zusammenlegen von Klassen stelle für die Schulen die letzte Option der kurzfristigen Vertretung von Lehrkräften dar, wenn es personell keine andere Alternative gebe.

4. Abtreibungen in Rheinland-Pfalz

Die Anzahl der Abtreibungen ist in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2013 bis 2017 leicht zurückgegangen. Dies ergibt sich aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/5996). Danach kam es im Jahr 2013 zu 4 011 Abtreibungen, im Jahr 2017 waren es 3 759. In ihrer Antwort listet die Landesregierung zudem die Zahl der Abtreibungen in den letzten fünf Jahren differenziert nach Gesamtzahl, Alter, Familienstand und Schwangerschaftswochen auf. Hauptgründe für einen Schwangerschaftsabbruch seien nach einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine schwierige Partnerschaftssituation, berufliche oder finanzielle Unsicherheit sowie die Angabe „jung/unreif“.

5. Definition von Hochrisikospiele in der Bundesliga

In Rheinland-Pfalz wurden in der Saison 2016/2017 fünf und in der aktuellen Saison drei Spiele der 1. und 2. Bundesliga als „Rot-“ bzw. „Hochrisikospiele“ eingestuft. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/5995) hervor.

Die Landesregierung erläutert, dass die Einstufung der Spiele bereits vor Beginn der Saison durch die Polizeidienststellen in Abstimmung mit der Landesinformationsstelle Sparteinsätze erfolge. Dabei würden die Spiele nach dem „Ampelsystem“ in „Rot-“, „Gelb-“ und „Grün-Spiele eingeteilt. Unter „Rot-Spielen“ verstehe man solche Begegnungen, in deren Zusammenhang Sicherheitsstörungen zu erwarten sind. Grundlage der Kategorisierung seien vor allem aktuelle polizeiliche Aufklärungsergebnisse sowie Erkenntnisse zu Vorkommnissen aus Begegnungen der zurückliegenden Spielzeiten und zum Fanverhältnis.

6. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Einen Bericht zum Thema **„Girls Day 2018“** beantragen die Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung (Vorlage 17/3147). Die Fraktionen beziehen sich hierbei auf den in diesem Jahr am 26. April 2018 stattgefundenen „Girls Day - Mädchen-Zukunftstag“ und bitten um Berichterstattung durch die Landesregierung. Mädchen ab der 5. Klasse bekamen im Rahmen des Girls Day die Gelegenheit, Einblicke in Berufe zu erhalten, in denen Frauen eher unterrepräsentiert sind.
- Um einen Bericht der Landesregierung zur **Zukunft des AKW Cattenom** bittet die Fraktion der CDU in ihrem Antrag für den Rechtsausschuss (Vorlage 17/3148). In ihrer Begründung bezieht sich die Fraktion auf ein Gutachten, das die Kanzlei BMH Avocats im Auftrag der Landesregierung erstellt habe, um mögliche Rechtsmittel gegen die Fortsetzung des Betriebs des AKS Cattenom prüfen zu können. Nach dem sicherheitstechnischen Gutachten des Öko-

Instituts stelle das AKW ein hohes Risiko für die gesamte Region dar und entspreche nicht den heutigen Europäischen Sicherheitsstandards für den Neubau von Atomkraftwerken. Die Fraktion erfragt insbesondere, mit welcher Begründung sich die Landesregierung dazu entschieden habe, keine Klage zu erheben und welche Strategie sie gegenüber dem AKW Cattenom bis 2021 und darüber hinaus verfolge.

- Einen Bericht der Landesregierung zum **Bündnis Aufstehen gegen Rassismus** beantragt die Fraktion der AfD für den Innenausschuss (Vorlage 17/3046). Hintergrund des Berichtsantrags sei die Benennung des Bündnisses im Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wegen linksextremistischer Bestrebungen, weshalb die Landesregierung um Einschätzung und Bewertung gebeten wird.
- Die Landesregierung beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Innenausschusses über den **Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Distanz-Elektroimpulsgeräte (DEIG)“** zu berichten. (Vorlage 17/3093, siehe hierzu WID-Kompakt 17/58).